

Bezirksrätin Kirsi Hofmeister-Streit
M: 0170 4006636
bezirksraetin@hofmeister-streit.de

Bezirksrat Alexander Abt
M: 0173 2077541
A_Alexander@gmx.de

GRÜNE / ÖDP im Bezirkstag Schwaben

Bezirkstag Schwaben
z.Hd. des Präsidenten
Jürgen Reichert
Hafnerberg 10
86152 Augsburg

6. Oktober 2014

Interessenwahrnehmung des Bezirks Schwaben im Zusammenhang mit den Freihandels-/Dienstleistungsabkommen der EU und den USA/Kanada

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen,

im Zuge der Verhandlungen zu Freihandels-/Dienstleistungsabkommen auf europäischer Ebene mit den USA und Kanada stellen Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP im Bezirkstag Schwaben folgenden

Antrag:

Dem Bezirkstag möge dargestellt werden, wie die Bezirksverwaltung die Bemühungen der EU beurteilt, ein Freihandels- und Dienstleistungsabkommen mit den USA (TTIP und TiSA) und mit Kanada (CETA) zu erreichen.

Im Einzelnen ist mit Hilfe des juristischen Sachverständs der Verwaltung darzustellen, inwieweit durch ein solches Abkommen und insbesondere durch den geplanten Investitionsschutz die Interessen des Bezirks Schwaben berührt sein werden.

Insbesondere sollen die Auswirkungen auf die sozialen Belange, die kommunale Selbstverwaltung und Dienstleistungen untersucht werden. Daneben sind auch die Auswirkungen auf Förderungen in Kultur, Natur- und Umweltschutz, die Berufsfachschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen sowie die Bezirkskliniken Schwaben darzustellen.

Den BezirksrätInnen ist zeitnah über die Erkenntnisse Auskunft zu erteilen.

Sollten diese Prüfaufträge für unsere Verwaltung nicht durchführbar sein, beantragen wir, diese Anliegen an den Bayerischen Bezirkstag mit der Vorgabe weiterzuleiten, dort in geeigneter Form die Auswirkungen der Freihandels- und Dienstleistungsabkommen auf die Bezirke und ihre Bezirkseinrichtungen beurteilen zu lassen.

Begründung:

Derzeit finden zwischen der EU und den USA Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen **TTIP** (Transatlantic Trade and Investment Partnership) unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Eine Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände ist nicht vorgesehen und

nicht erwünscht, obwohl sie von den Auswirkungen direkt betroffen sein werden. Schließlich wird das ganze Spektrum der kommunalen Selbstversorgung - Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit, Kultur usw. – dort verhandelt.

Besonders negative Auswirkungen sind zudem von **TiSA** (Trade in Services Agreement) zu erwarten. Wie sein umstrittener WTO-Vorgänger GATS (General Agreement on Trade in Services) zielt TiSA auf den Handel mit sämtlichen Dienstleistungen (einschließlich Cloud-Computing-Dienste, Leiharbeit, Daseinsvorsorge-, Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen). TiSA soll eine umfassende Liberalisierung bewirken.

Bei **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement) handelt es sich um ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU. Es umfasst sowohl Waren als auch Dienstleistungen und deckt nahezu alle Sektoren aber auch Investitionen aller Art ab. Es diene als Blaupause für TTIP.

Der für das geplante Freihandelsabkommen vorgesehene Investitionsschutz könnte erhebliche Gefahren für den Fortbestand von Bezirksaktivitäten wie die Förderung von kulturellen und sozialen Aufgaben und den Betrieb bezirkseigener Kliniken bringen. Es könnte als Behinderung global operierender Konzerne gewertet werden, dass deutsche Gesetze und Verordnungen den Aufgabenbereich der Bezirke schützen.

Beschwichtigungsversuche der großen Koalition, auch gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden, die Daseinsvorsorge sei nicht Teil des Verhandlungsmandats, wurden von Verfassungsjurist Prof. Markus Krajewski am 04.08.2014 in einem Fernsehinterview widerlegt. So sind z. B. Krankenhäuser explizit im Verhandlungsmandat aufgeführt. Zudem enthält es den Hinweis, dass über alle Dienstleistungssektoren verhandelt werden soll. Einzige ausdrücklich genannte Ausnahme im Verhandlungsangebot der EU sind „audiovisuelle Dienstleistungen“, die öffentliche Daseinsvorsorge ist somit nicht ausgenommen.

Insgesamt ist es wichtig, dass sich die Bezirke als Vollzugsorgan vor Ort rechtzeitig in den Prozess der Verhandlung einbringen und ihre Interessen deutlich vortragen. Diesem Ziel dient unser Antrag.

Mit freundlichen Grüßen

The image shows three handwritten signatures in blue ink. From left to right: the first signature is 'Alexander', the second is 'Kirsti Holweide-Streit', and the third is 'Beatrix Holzmann'.